

siehe auch in www.bohrwurm.net unter "lokalis kriminalis":

< Filztaschenbrief > (Evers-Meyer/Ambrosy) <Ambrosy-Kreiskassen-Plünderbrief> u.s.w. (A22-Millionen Coup aus Kreiskasse für private Taschen - Evers-Meyer wieder dabei...Das A22 -Kuratorium ist möglicherweise eine kriminelle Vereinigung zur Ausplünderung der Bundes-, Landes- und Kreis- sowie Kommunalkassen : Zweck: Privatisierung der Autobahnen und anschließende "Privat-Pkw- Maut- Abzocke" ohne Ende , hochgradige Privatisierungskriminalität ...

Der Quasselantenbrief

- Karin Evers-Meyer MdB -

Günter E. Völker 26419 Sillenstede, Osterpiep 4

Fax an 04421/ 7791960

Herrn/Frau

Karin Evers-Meyer (MdB)

Rathausplatz 8a

26382 Wilhelmshaven

Offener Brief

Fax an 030/227-77785

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Betr.....: Reformverbrechen/ Staatsumsturz

hier: Vorsätzliche Zerstörung der Sozialsysteme (Agenda sozialis-criminalis)

Bezug : a) Unser persönliches Gespräch Wilhelmshaven 11.06.2003

b) Mein Fax vom 13.06.2003 (Regelrechtes Chaos-Orchester)

Anlage : a) Vorstehendes Fax

b) Rentenklaue-Tabelle (Teufelstabelle) -Rentenraub 1957-2002-

c) Demographie- Schwindel-Nachweis (Bevölkerungszuwachstabelle bis 2002)

d) Seniorenbrief –www.bohrwurm.net-

Frau Karin Evers-Meyer,

mit o.a. Fax (Chaos-Orchester) hatte ich Sie wissen lassen, daß ich zu gegebener Zeit auf unser persönliches Gespräch in Wilhelmshaven vom 11.06.2003 zurückkommen würde, was ich hiermit nun zu tun gedenke. Zunächst darf ich Sie von folgender Gedächtnisnotiz zu vorgenannter Unterredung in Kenntnis setzen:

1.) Zu dem Lohnnebenkosten-Schwindel-Nachweis, 2 Cent betriebswirtschaftliche Mehrbelastung je 100 Euro Betriebskosten lt. G.u.V.-Rechnung VW 2001, erklärten Sie, dieser würde nicht gelten, da das Zahlenwerk der VW-Bilanz nicht als "repräsentativ" für die "Strukturen der deutschen Wirtschaft" anzusehen sei. Auf die gezielte Frage hin, was Sie unter den "Strukturen der deutschen Wirtschaft" verstanden, konnten Sie dann jedoch keine plausible Antwort geben und erklärten, von Wirtschaft " nichts zu verstehen". Daraufhin aufgefordert, dann auch nicht derartige Parolen in die Welt zu setzen, denen zufolge die o.a. Lohnnebenkostenrelevanz (2 Cent je 100 Euro Betriebskosten) nicht zuträfe. Hierauf wiederum machten sie geltend, "ein bißchen" aber doch von Wirtschaft zu verstehen. Was das "Bißchen" dann wäre, blieb wiederum im dunkeln.

2.) Im weiteren sagten Sie, daß die Lohnnebenkosten "gesenkt" werden müßten, damit "wir" im Rahmen der globalisierten Wirtschaft auf den Weltmärkten konkurrenzfähig blieben. Was insofern die Lohnnebenkosten des Friseurs aus Hamburg mit Konkurrenz zum Reisbauern hinter Saigon zu tun haben sollte, konnten Sie ebenfalls wieder nicht begründen. Auch ließen Sie die Frage unbeantwortet, warum die Lohnnebenkosten etwas mit Wettbewerb zu tun hätten, wenn der Friseur aus Jever exakt die gleichen festen Lohnnebenkosten zu tragen habe wie der Friseur aus Hamburg, wo also irgendein Wettbewerb stattfinden soll, wenn es wegen der spezifisch allseits gleichen Unkosten einen solchen Wettbewerb gar nicht gibt.

3.) Sie führten aus, daß "wir" sehr "reich" seien und nicht "auf einer Insel des Wohlstands" leben könnten. Wer "wir" ist, konnten Sie dann erneut nicht begründen. Daß es die alleinerziehende Friseurin aus Castrop-Rauxel mit 800 Euro im Monat sei, verneinten Sie aber glaubwürdig. Sie äußerten sodann, daß "wir" Billionen auf den Sparkonten hätten. Wen Sie mit "wir" meinten, konnten Sie abermals nicht genau sagen. Die Frage, ob Sie selbst "Billionen" auf Ihrem Kto. hätten, verneinten Sie zwanglos. Auf die Frage, wer denn nun auf der Insel des Wohlstands reich wäre mit den Billionen auf dem Kto, wuselten Sie, es gäbe ja genug Leute, die noch in den Urlaub führen... Na, so was....

Auf die Frage, weshalb wir nach 50 Jahren (es könnten auch 60 gewesen sein) friedlicher wirtschaftlicher Aufbauarbeit bei stetig steigendem Bruttosozialprodukt immer ärmer würden (Rentenkürzungen, Lohnkürzungen, Sozialleistungskürzungen), meinten Sie, "wir" könnten nicht auf der bereits erwähnten ominösen "Insel des Wohlstands" leben, unser Wohlstand müßte deshalb nach "Osteuropa exportiert" werden, damit er dann von dort wieder zu uns zurückkäme -oder so ähnlich. Wie das gehen sollte, blieb, soweit erinnerlich, wieder Ihr Geheimnis. Im übrigen würde hier bei uns niemand ärmer. Sie bestanden hartnäckig auf der Aussage, daß weder die Rentner "weniger" bekämen noch die Arbeitslosen. Meiner Aufforderung, dann mal einen Arbeitslosen herbeizuholen, damit der Ihnen etwas über "keine Kürzung" erklären könnte, kamen Sie nicht nach.

4.) Sie führten weiter aus, daß die von Ihrem sozialistischen Genossen Schröder durchgepeitschten sogenannten "Reformen" sein müßten, weil "wir" bisher "über unsere Verhältnisse" gelebt hätten. Auf die Frage, wen sie schon wieder mit "wir" meinten, etwa die Millionenabgreifer in der Wirtschaft oder Sie sich selbst mit rund 15.000 Mark Monatseinkommen oder vielleicht die alleinerziehende Friseurin aus Castrop-Rauxel mit 800 Euro im Monat, und wie bei dieser denn das "Über-die-Verhältnisse-Leben" aussähe, konnten Sie wieder keine faszinierende Antwort geben.

Sie wurden im übrigen noch einmal daran erinnert, daß Ihnen alle Fakten vorlägen, die auf die Tatsache hinwiesen, daß sämtliche "Reformen" schlicht das kriminelle Anliendarstellten, sämtliche Sozialsysteme in verbrecherischer Absicht zu zerschlagen, um den Konzernnetzen den Billionen-Sozialmarkt in deren Privatschatullen umzuleiten.

Und damit Sie jetzt nicht auf die abenteuerliche Idee verfallen, ob der vorstehenden Aussage alberne "Entrüstung" zu heucheln, sei Ihnen vorsorglich ins sozialistische Stammbuch geschrieben:

Deutsche Druck- u. Verlagsgesellschaft (DDVG) in Hamburg: Dieser SPD-eigene Privat-Konzern hält Eigentumsanteile der Partei an den Sendern "Antenne Niedersachsen", "Radio ffn" und sonstigen Sendern. Und dieser SPD-Privat-Konzern hält des weiteren Anteile der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung (Madsackkonzern) über die WAZ-Gruppe bis hin zur Gemeinsamkeit mit dem Axel-Springer-Konzern bei der Dresdner und Leipziger Zeitung etc. Der Genosse Jobst Plog ist obendrein Aufsichtsratsmitglied bei der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung, hält als ARD-Intendant die Sendeanstalten besetzt und sorgt offenbar dafür, daß keine Informationen über den syndikalen Hintergrund dieses unvorstellbar kriminellen Triumvirats in Berlin an die Öffentlichkeit dringen. Und dafür zahlen wir dann die Rundfunkgebühren für unser aller öffentlich rechtlich betriebener Sender!

Was das nach hiesiger Ansicht unvorstellbar menschenverachtend herumreißende, vermutlich schlicht und einfach hochgradig verbrecherische Triumvirat in Berlin angeht, liebe Frau Karin Evers-Meyer, ohne die Absicht, den möglicherweise etwas schlichten Polithorizont einer ehemaligen Landrätin hinterm Deich von Ostfriesland überstrapaziert haben zu wollen, diese SPD-"Tarnorganisation" DDVG hat als SPD-Privat-Konzern mit dem Victoria-Versicherungskonzern einen "Riesterrentenvertrag" abgeschlossen und zieht nun Millionen an Provisionen heraus, auf Kosten der Parteimitglieder und der übrigen Bevölkerung. Es ist nun geplant, mit Hilfe offenbar ebenso krimineller scheinwissenschaftlicher Professoren-Cliquen, die solidarisch organisierten Rentensysteme und die sonstigen Sozialsysteme gleich mit, durch verbrecherischen Regierungsgewaltmißbrauch, parlamentarisch gedeckt, zu zerschlagen (wer nicht mitmacht, wird als "Verräter, Ratte oder Geschwür" etc. erpreßt, nein, nicht durch Nazis, diesmal durch Sozis `a la Genossen Schröder, Müntefering, Clement und Co., wie wir der Presseberichterstattung entnehmen durften, nein, nicht rechtsradikaler Propagandapostillen, sondern der Süddeutschen Zeitung, dem Jeverschen Wochenblatt oder der allseits beliebten Bildzeitung oder so ähnlich. Erstaunlich, daß wir da zwischenzeitlich irgendwie langsam Schwierigkeiten haben zu unterscheiden: Denn zwischen "Dear Gerds Basta-Prinzip" und dem "Führerprinzip" scheint die politgeistig - charakterliche Distanz wohl nicht mehr unbedingt unüberbrückbar geworden zu sein.

Nun, wir sehen dies hier halt so, und das, ohne Sie oder einen Herrn Schröder vorher um Erlaubnis gefragt zu haben. Die hohle abstoßende Arroganz, die da offenbar in Ermangelung von seriösem Polit-Geist und -charakter kompensierende Funktion einnimmt, kann hier niemanden beeindrucken oder einschüchtern. Sie werden deshalb aufgefordert, sich unverzüglich für die sofortige Rücknahme der schlicht verbrecherischen (Wiederholung: verbrecherischen!) – weil einzig auf Zerstörung der Staatsstrukturen und Verelendung sowie Ausplünderung der Bevölkerung durch Schröders "Kumpels" in den Privatkonzernen ausgerichteten Hartz'schen Gesetzgebungs-Coups (ob de facto oder de jure, ist völlig gleichgültig) zu verwenden. Ohne Wenn und Aber. Die verbrecherischen Werke sind samt und sonders zurückzunehmen. Von wegen, Zukunft der Bevölkerung sichern....Wir hatten schon einmal 1929/33, auch wenn Sie das möglicherweise nicht begreifen.

Um denn endlich einmal etwas Vernünftiges anzugehen, werden Sie deshalb definitiv aufgefordert, die sofortige Rückzahlung der seit 1957 aus den Rentenkassen für staatliche Aufgabenwahrnehmungen herausgeplünderten Gelder in Höhe von 700 Milliarden Euro wieder an die Rentenanstalten zurückzuzahlen, ehe das Gefasel von den leeren Rentenkassen weiterbetrieben wird. Sie können doch nicht aus Opas Rentenkasse nach Afghanistan fahren oder so, wo sind wir denn hier eigentlich? In der Bevölkerung wird immer mehr von Räuberbanden, Kriminellen, kriminellen Banden, Verbrechern und ähnlichen Begriffen gesprochen. Nein, nicht Hitzköpfe, sondern biedere Bürger, unverdächtige Omas und Opas. Und Sie werden hier im Wahlkreis noch einiges zu erklären haben, und nach Erhalt vorstehender Nachricht möglicherweise sowieso. Erst der Kaiser, dann die Nazis und Kommunisten, und jetzt die Sozis und die Christen ?

Sie werden ferner aufgefordert, sich dafür einzusetzen, die Rentenkassen in Vervollkommnung der Bismarckschen Einführung der Rentensysteme (Bismarck hatte allerdings vorher keine Lederjacken und Megaphone sowie Turnschuhe als Straßenschläger gegen Polizeibeamte getragen und kannte vermutlich deshalb auch das "Bastaprinzip" noch nicht) schleunigst an die Verfassung anzuhängen, selbständig wie die Deutsche Bundesbank organisiert, und daher endlich gegen politikriminelle Vorhaben eingriffssicher.

Sorgen Sie dafür, daß die Rentenanstalt endlich überhaupt eine Buchführung erhält, wie das bei jedem Würstchenbudenbetreiber und ehrbaren Kaufmann durch HGB etc. vorgeschrieben ist (Kostenstellennachweise).

Treten Sie dafür ein, daß eine seriöse Kontrolle durch unabhängige Organe wie dem Bundesrechnungshof, z.B., stattfindet (nicht durch die Roland Bergers oder Florian Gersters oder Clements oder ähnliche Lichtgestalten der offenbar organisierten Millionenausplünderung von Staat und Mensch. Wir kommen zu gegebener Zeit auf dieses Thema zurück und werden sehen, was die Ex-Landrätin Karin Evers-Meyer aus dem Friesischen (Papi war auch schon Politiker) da so auf die Beine gebracht hat außer solch großartiger Weisheiten wie die , daß "gute Medizin" angeblich "bitter" sei - oder so ähnliche Geisteswerke weltbewegenden Inhalts. Schau'n wir mal.

Beachten Sie bitte, daß es nach Mord und Vergewaltigung als das in einem Kulturstaat zivilisierter Ordnung sozialetisch schlimmste Verbrechen anzusehen ist, wenn Amts- und Mandatsträger – und das möglicherweise auch noch in organisierten Strukturen- die administrative und parlamentarische Gewalt in Kumpanei (Beraterverträge, Aufsichtsrats- und Geschäftsführerposten etc.) dazu mißbrauchen, die Bürger auszurauben. Ich sagte auszurauben, damit Sie es auch begreifen. Von wegen, als Kanzler die Rentenkasse leerplündern und die Solidarsysteme zerstören, um hintenherum die Bürger mit kriminellem Mißbrauch der Staatsgewalt in die Riesterrenten bei den Kumpels in den Konzernen zu pressen, um dann noch mehr "Provisionen" von den eigenen betrogenen Mitgliedern und dem Rest der Bevölkerung abzukassieren.

Das Verbrechen ist unvorstellbar groß und im kleinen vergleichbar mit einem Polizeibeamten, der kraft Amtsgewalt einen Autofahrer anhält, von seinem Kumpel die Schrauben abdrehen läßt, um dann zu verfügen, daß das dann verkehrsuntüchtige Fahrzeug zur Erhaltung der öffentlichen Sicherheit sofort in eine Werkstatt und, natürlich, in die seines Kumpels, verbracht wird, von dem er, der Pol.Beamte, dann klammheimlich hintenherum seine "Provision" erhält. Das ist Schutzgelderpresser-Ethik, liebe Frau Karin Evers-Meyer. Und Sie wissen das ganz genau. Und Sie wissen das auch mit dem Ausraub-Vorhaben in Sachen Zahn-Zwangsversicherung. Es gibt dafür keinen Grund. Die AOK gibt von 100 Euro gerade mal 2,60 Euro für Zahnersatz aus. Zu lächerlich, um überhaupt darüber zu sprechen, und ich verlange, daß Sie sich nun auf den Hosenboden setzen, und endlich einmal seriös nachprüfen, was Ihnen hier vorgetragen wird. Jeder Lehrling bei der AOK müßte das doch schon bewerkstelligen können. Reißen Sie also Ihren Abgeordneten- Kollegen Klaus Kirschner zurück, der das offenbar auch noch nicht kapiert hat (Süddeutsche Zeitung 26.8.04).

Wir wollen diesmal den Verbrechen, den verbrecherischen und sonstigen unredlichen Handlungen und Entwicklungen rechtzeitig Gesicht, Namen und Gestalt verleihen, damit hinterher keiner sagen kann, er habe vorher nichts gewußt. Wir haben aus der Nazizeit gelernt. Beachten Sie dies gebührend. Das gilt auch für die Ambrosys, Theuerkaufs, Menzels & Co hier vor Ort (Landräte/Bürgermeister –Friesland,Aurich,Wilhelmshaven-)

Erläuterung :

Und so sieht das ganze kriminelle Unterfangen der angeblich notwendigen

"Rentenreform" aus (und die Evers-Meyers machen alle flott mit):

Der Kanzler plündert die Rentenkasse aus und blutet selbst die Reserven leer. Dann wird behauptet, die Systeme seien marode (man darf nämlich nicht sagen, wir "machen" sie marode (wie die Gesundheitskassen), um dann die Bevölkerung zwangsweise in die Riesterrente und privaten Krankenversicherer zu peitschen, wo die Kanzler u. Kumpel dann über den SPD-Konzern etc. hintenherum die Provisionen usw. abgreifen lassen (der Sozialverband Deutschlands (SoVD) und die Gewerkschaftsspitzen –ver.di, IG Metall, Deutscher Beamtenbund etc. sind auch alle in verschiedensten Formen schön mit dabei, vor Neugier sei gewarnt!). Und das soll kein schweres Staatsverbrechen sein?, keine organisierte Regierungskriminalität in epochalem Ausmaß? Und in der Gesundheitsreform sieht es um nichts besser aus. Darüber später in www.bohrwurm.net. Hinweis zum nachprüfen für die Bürger: Die AOK gibt für Zahnersatz nur 2,60 Euro pro 100 Euro Gesamtausgaben aus. Und wegen dieser 2,60 Euro soll eine Zwangs-Zahnversicherung bei den Kumpel der Schröders und Dr. Ramsauers etc. eingeführt werden?

Daher: Weg mit den Reformen, sie sind rundum auf verbrecherisches Zerstören unserer gesunden Sozialsysteme ausgerichtet. Deshalb auch: Weg mit der Krankenkassenreform-Kopfpauschale etc. oder "Bürger-(Betrugs)-Versicherung"!

Die Schweizer Bevölkerung hat die Reformen konsequent abgelehnt:

Die Systeme seien in Ordnung! (Jeversches Wochenblatt 17.5.04)

Bei uns sind sie es auch!

Bildzeitung 8.3.2004

SPD verdient mit der Riester-Rente

Bericht von Dirk Hoeren und Einar Koch

Hat die SPD mit ihrer eigenen Riester-Rente die Parteikasse aufge bessert? Ein interner Vertrag enthüllt: Eine SPD-Tochterfirma vermittelt Parteimitglieder gegen Provision an die Victoria-Versicherung. Einnahme seit 2001: Fast 600.000 Euro ! Das Geschäft mit der Riesterrente läuft über die "Image Ident Marketing Gesellschaft", einer 100-prozentigen Tochter des SPD-eigenen Konzerns "Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft" (DDVG). Diese Firma vermarktet die sogenannte SPD-Card, die jedes Parteimitglied erhält. (...) Danach verpflichtet sich die SPD-Firma bis Juni 2004 bei allen Inhabern der SPD-Card für die "Victoria" zu werben und Riesterrenten-Interessenten zu vermitteln. Dafür erhielt "Image" einen "Werbekostenzuschuß" von 1,16 Millionen DM (...) Von den Erlösen profitiert die DDVG, die ihre Gewinne von rd. 593.000 Euro pro Jahr an die SPD abführt. (...) Dem SPD-Parteivorstand ist der Kooperationsvertrag zwischen "Image" und "Victoria-Versicherung" bekannt.
–Ende Brief an Evers-Meyer–

Günter E. V ö l k e r
www.bohrwurm.net

Info für die Öffentlichkeit: (nicht Bestandteil vorstehenden Schreibens an Karin Evers-Meyer)

Wir haben es vermutlich mit den größten staatlich organisierten Betrugs-Verbrechensvorhaben seit 1929/33 zu tun. Hierzu nachstehend beispielhaft:

Bei ver.di , dem DGB, der IG Metall, dem DBB und dem Sozialverband Deutschland (SoVD) sieht es beschämend aus: Sie alle wirken durch Unterlassung der Sicherung der solidarisch - gesetzlichen Rentenkasse offenbar zugunsten von Profiten ihrer Spitzen- und Funktionärskreise daran mit, diese sichere Kasse zu zerschlagen, und täuschen damit Millionen ihrer Mitglieder in unvorstellbarer Weise, während diese ihrerseits vollkommen ahnungslos sind.

Der DGB z.B. betreibt den privaten Aktienkonzern "BGAG" -Beteiligungsgesellschaft der Gewerkschaften AG- ein Hauptbetätigungsfeld: Altersvorsorge . Dem DGB gehören ca. 40% der BHW-Holding AG und 50% der Allgemeinen Hypothekenbank Rheinboden, und alle räumen mit der sogenannten "privaten Altersvorsorge" die Mitglieder und die Bevölkerung ab. Dies nur beispielhaft. Der SoVD ist im Geschäft mit "institutionellen Kapital-Anlegern", Baubetreuung für Versicherungen und gewerblichen Immobilien. Der sogenannte "Präsident" Adolf Bauer aus Westerstede hat deshalb zur Aufforderung, die Rentenkasse seiner etwa 5 Mill. älteren Mitglieder durch Anhängen an die Verfassung zu sichern, gegenüber "Bohrwurm" wörtlich erklärt: " Ich habe keine Lust....". Es ist unvorstellbar, wie skrupellos die Lebensgrundlagen unserer älteren Bevölkerung der allgegenwärtigen hemmungslosen Ausplünderung selbst durch diejenigen Verbände u. Institutionen ausgeliefert sind die vorgeben, die Alten zu schützen.

Das Pendant der verbrecherischen Ausplünderungsvorgänge im Lande ist auf staatlicher Seite die sogenannte Steuersenkungsmasche: Die Steuersenkungscoups sind auf die Herbeiführung des Staatsbankrotts angelegt. Dem Staat werden zielgerichtet die Finanzmittel entzogen, damit dann der betrügerische Vorwand gegeben ist, z.B. den Autobahnbau und sonstige staatliche Aufgaben von "Privaten" bewerkstelligen zu lassen. Dazu werden dann "GmbH's" etc. gegründet, und dort kann man dann seine Politikumpels als "Geschäftsführer", "Aufsichtsräte" und sonstige Posten zwecks skrupelloser Ausplünderung der Allgemeinheit durch hemmungslose Gehälter und Abfindungen unterbringen, und wir bezahlen diese Ausplünderung dann ohne Ende als "Mautgebühren" etc. So dürfte das wohl aufgrund eindeutiger Faktenlage zwingend zu sehen sein.

1929/33: Die Rogowskis und die Hundts von damals (RDI) (VDA) peitschen auf die Regierung Brüning ein und fordern skrupellos dreist , frech und anmaßend die Versklavung der Bevölkerung:

-Staatsumsturztable-

(Quellen: Konkret Nr.5 / 2004 / Michael Grübler

"Die Spitzenverbände der Wirtschaft und das erste Kabinett Brüning" Drosteverlag

damals 1929/33	heute 2000/05
01.) Weg mit der Arbeitslosenversicherung	Pendant z.Zt. nicht klar
02.) Senkung der Arbeitslosenhilfe	Senkung der Arbeitslosenhilfe
03.) Verkürzung der Arbeitslosenhilfe – Bezugszeit	Verkürzung der Bezugszeit der Hilfe
04.) Offenlegung des Gesamtvermögens der Arbeitslosen	Offenlegung des Gesamt-Vermögens
05.) "Sonderopfer der Beamten"	Wegnahme Weihnachtsgeld/Urlaubsgeld/Bezüge
06.) Arbeitslohn auf Sozialhilfe-Niveau	Billiglohnforderungen/ 1Euro-Jobs
07.) Senkung der Lohnnebenkosten	Senkung der Lohnnebenkosten
08.) Reform der Sozial-Systeme	Reform der Sozialsysteme
09.) Abschaffung der Gewerkschaften	Hetze gegen die Gewerkschaften
10.) Abschaffung der Flächentarifverträge	Abschaffung der Flächentarifverträge
11.) Senkung der Einkommenssteuern	Senkung Einkommensteuern für Millionäre
12.) Erhöhung der Arbeitszeit u.s.w., u.s.w.	Erhöhung der Arbeitszeiten
13.) In diesen schweren Zeiten "Zähne zusammenbeißen"	Gürtel enger schnallen
14.) Zwangsgebühr auf Krankenschein	Zwangsgebühr 1x Quartal 10.- Euro
15.) Zuzahlung zu Medikamenten	Zuzahlung zu Medikamenten
16.) Wegnahme Lohn etc.zur "Ankurbelung" der Wirtschaft	Plünderung des Urlaubs, der Feiertage, Löhne und Sozialleistungen etc zwecks "Ankurbelung" der Wirtschaft
17.) Senkung der Bezüge des öff. Dienstes 6%	Senkung der Bezüge 5% (Christian Wulff, Min. Präs. (Nds.) + Möllring, FM)
18.) Senkung der Realsteuern/ Verelendung der Kommunen	Senkung der Realsteuern/Verelendung der Kommunen
19.) "Privatisierung" von Staatsaufgaben	"Privatisierung" von Staatsaufgaben
20.) Parole: "weniger Staat "	Parole: "weniger Staat"
21.) Forderung: Staat soll Schulden machen - "Kredite aufnehmen"	Forderung: Staat soll Schulden machen- "Kredite aufnehmen"

Die Aufzählung ist nicht vollständig. Zeigt aber mit tödlicher Sicherheit, daß wir uns in Richtung **geplanter Zerstörung** unseres Gemeinwesens durch Einsturz des Sozialstaates (Art. 20 GG) und der Zerstörung der staatlichen Organisationsstrukturen durch Entzug der Finanzmittel per "Steuersenkungs –"Reformen", die zielgerichtet den Staatsbankrott zwecks "Privatisierung" des Staates herbeiführen, bewegen. Das kommende Chaos und die Verelendung großer Bevölkerungsteile wird von gutbezahlten Partei-, Regierungs-, Wirtschaftsverbands-, Gewerkschafts-, Kirchen- und Sozialverbandsfunktionären im Sinne der gleichen skrupel- u. verantwortungslosen sowie vermutlich von jeder Ethik u. Moral entfesselten Wirtschaftsführer – Cliques angestiftet , durchgeführt oder mitgetragen, die schon seinerzeit die Regierungen hemmungslos erpreßten, und wofür unsere Väter in Stalingrad umkommen mußten, zugunsten auch der Aktiengewinne dieser tödlichen Kreise. Diesmal sehen *wir es vorher*, daß diese Kreise 1929/33 unter Mithilfe der Schröders, Kohls, Wulffs, Möllrings , Evers-Meyers und Ambrosys etc... erneut probieren. Und die Insemaries (Friesland) gucken zu. Schau'n wir also mal.

Ergebnis: Sämtliche "Reformen" sind seit etwa 30 Jahren geplant. Sie werden jetzt exakt nach den Vorgehensweisen und Begründungen wie 1929/33 durchgeführt. Die Begründungen hierzu sind durchgängig auf Lüge, Schwindel, Irreführung und systematischer Täuschung aufgebaut: Lohnnebenkosten-Schwindel, Demographie-Schwindel, Steuerreform-Schwindel, Rentenkassen-Schwindel.

Zusätzlicher Hinweis: Der jüngliche "Gesundheitsexperte" Professor Bernd Raffelhüschen erstellt Die gesamte Presse, Rundfunk und Fernsehen berichten geschlossen nicht über die hochgradig kriminellen Hintergründe und Absichten der verheerenden Reformbetrügereien (siehe www.bohrwurm.net <Pressebrief><Intendantenbrief> <DerRentenverrat> <Seniorenbrief> <Lohnnebenkosten-Schwindel Industrie> und <Lohnnebenkosten-Schwindel Handwerk>)

"Gutachten" für den Allianzversicherungs-Konzern, ist "Berater" des Victoria-Versicherungs-Konzerns sowie des "Gesamtverbands der Deutsch. Versich.Wirtschaft e.V" ...und sitzt in der "Regierungs-Rürupkommission" nebst dem Vorstand des AXA-Versicherungskonzerns- u. so geht die ganze organisierte Ausplünderung von Staat und Gemeinschaft bzw. der Sozial- und Rentensysteme dann skrupellos weiter, auszugsweise :

1. Der Niedersächsische Ministerpräsident Christian Wulff sitzt im Beirat des R+V-Versicherungs-Konzerns... und prompt will er den Beamten Teile der Dienstbezüge wegnehmen, um diese in einen "Fonds" einzuzahlen...bei der Bank... und dort sitzt Parteikamerad Finanzminister Hartmut Möllring als Aufsichtsratsvorsitzender der Norddeutschen Landesbank.....(organisierte...?)

2. Der jungdynamische friesische Landrat Sven Ambrosy sitzt im Beirat der Bremer Landesbank-Kreditanstalt Oldenburg (Renten/Krankenvers./Privatisierungskredite...)

Sämtliche Reformgebaren und die damit zusammenhängende schleichende Entreichung und Ausplünderung des gesamten Mittelstandes sowie der Angehörigen des öffentlichen Dienstes beruhen auf Lügen und Irreführungen. Sie führen auf die Zerstörung der Strukturen des öffentlichen Dienstes zum Zwecke seiner Privatisierung hin. Die Ministerpräsidentin, die Ministerpräsidenten und die Bürgermeister der 16 Bundesländer sind eindeutig über den zugrundeliegenden Lohnnebenkostenschwindel, Steuer- u. Sozialreform-Schwindel sowie den Demographie-Schwindel in Kenntnis gesetzt (siehe www.bohrwurm.net <Ministerpräsidentenbrief>).

Die regelrechten, offensichtlich zielgerichteten **Ausplünderungen "ohne Ende"** der gesamten Arbeitnehmerschaft im Lande sowie der Beamten, Angestellten und Arbeiter im öffentlichen Dienst und der damit verantwortungslos verursachten Bankrottisierung der mittelständisch-gewerblichen Wirtschaft wird somit wissentlich auf der Basis von Lüge und Irreführung (Betrug) betrieben oder zumindest skrupellos in Kauf genommen. Die Vorgänge sind deshalb endlich unter kriminalpolitischen Aspekten zu betrachten. Hierzu für die bohrwurm.net-Besucher zur Kenntnis:

... so sehen wir das :

Betrug: §263 StGB (Strafgesetzbuch)

Abs.1) Wer in der Absicht, sich oder einem Dritten einen rechtswidrigen Vermögensvorteil zu verschaffen, das Vermögen eines anderen dadurch beschädigt, daß er durch Vorspiegelung falscher oder durch Entstellung oder Unterdrückung wahrer Tatsachen einen Irrtum erregt oder unterhält, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

Abs.2) Der Versuch ist strafbar

Abs.3) In besonders schweren Fällen ist die Strafe Freiheitsstrafe von einem Jahr bis zu zehn Jahren.

Verbrechen: §12 StGB (Abs.1)

Verbrechen sind rechtswidrige Taten, die im Mindestmaß mit Freiheitsstrafe von einem Jahr oder darüber bedroht sind. (...)

Fazit: Durch den offensichtlichen Reformschwindel werden Dritten (Versicherungskonzernen sowie Privatisierungsprofiteuren Bankern, Aufsichtsrats- und Geschäftsführerposten etc.) durch Vorspiegelung falscher Tatsachen und sachlich-fachlichen Irreführungen rechtswidrig Vermögensvorteile verschafft und die Solidargemeinschaft gleichzeitig in unermeßlichem Ausmaß in ihren Vermögensverhältnissen geschädigt. Auch wird die Gesamtheit der Bediensteten des öffentlichen Dienstes vermittels Täuschung zwecks Einkommenswegnahme in ihrem Vermögen systematisch regelrecht ausgeplündert. Es ist hier keine Norm erkennbar, nach welcher Ministerpräsidenten, Landräten oder sonstigen Parlamentariern das Recht zugestanden wäre, durch Vorspiegelung falscher Tatsachen (als politisch notwendig getarntes Handeln) die öffentlich Bediensteten ihrer Einkommen zu berauben. Der verbrecherische Tatbestand ist darin zu sehen, daß durch zielgerichtetes Verzichten auf (siehe o.a. "Staatsumsturztable und "Reformverbrechen" in www.bohrwurm.net).

Steuereinnahmen per "Steuerreform" der Staat vorsätzlich in den Bankrott getrieben wird, um dann vorzutäuschen, es müßte wegen leerer Kassen dem öffentlichen Dienst das Einkommen weggeplündert, und der Staat "privatisiert" werden, um sich selbst über Aufsichtsrats-, Geschäftsführer-, Polit- und sonstige Posten hemmungslos zu bereichern (Privatisierungsverbrechen), und um ganze Bevölkerungsteile planmäßig wieder in den Ruin zu treiben (ausplündern/ verarmen/verelenden wie 1929/33) mit den bekannten Folgen.

Es dürfte daher **Betrug in besonders schwerem Falle** im Sinne des § 263(3) StGB vorliegen mit einer Strafandrohung von mindestens einem Jahr Freiheitsstrafe. Dieser wäre damit entsprechend §12 StGB als Verbrechen zu definieren.

Sowohl die sogenannten "Sozial- und Steuer-Reformen" als auch die endlos schleichend auf Verarmung auch der Angehörigen des öffentlichen Dienstes und damit auf Zerstörung der staatlichen Organisationsstrukturen (Polizei, Justiz, Herunterreißen der Bezirksregierungen u.a.) sowie des Mittelstandes gerichteten Einkommens-Wegnahmen dürften deshalb definitiv als beabsichtigtes oder zumindest billigend in Kauf genommenes verbrecherisch-politisches Handeln zu werten sein. Dies ist endlich und nachdrücklich öffentlich zu erörtern. Unsere Parlamentarier, soweit sie nicht durch Aufsichtsrats-, Geschäftsführer-, Bank- und sonstige einträgliche Posten korrumpiert sind und Berufsvertretungen, deren Spitzen noch nicht heimlich -und gut bezahlt- die Seiten gewechselt haben sowie die Staatsanwaltschaften (organisierte Regierungs-Kriminalität) stehen in der Verantwortung.

Und so sieht das Zusammenspiel zum Ausplündern des Gemeinwesens und seiner Bürger bis zum Zusammenbruch aus – z.B.: Der ehem. Verfassungsrichter Prof. Paul Kirchhof (alle im "Netz" sind grundsätzlich "Professor", um damit Vertrauen in Seriösität zu vermitteln) verkündet "wissenschaftlich", daß die Spitzen-Einkommen-Steuer auf 35% zu senken, und den Krankenschwestern die Steuerfreiheit für Sonntagszuschläge als "Subventionen" wegzuplündern seien, obwohl schon jede intelligente Putzfrau im Lexikon nachlesen kann, daß Subventionen "zweckgebundene Zuwendungen des Staates an einzelne Wirtschaftszweige" sind (warum eine Krankenschwester ein "Wirtschaftszweig" sein soll, bleibt Professors Geheimnis), und die Steuersenkungen für Millionenverdiener (mtl. Zugewinn bis zu 30.000.-Euro) den Staat in den Bankrott treiben mit riesigen Milliarden-Haushaltslöchern u. nachfolgender Wegnahme der Weihnachtsgelder, Gehälter, Besoldung und Löhne des öffentlichen Dienstes z.B. und skrupelloser Bankrottisierung von mittelständischen Geschäften und Handwerksbetrieben bis hin zu den Landwirten...(der Nds. Ministerpräsident. Christian Wulff ist zackig munter mit von der Partie und kann dann, "leider", nicht verteilen, was nicht in den "leeren Kassen" vorhanden ist, sagt er kernigforsch, wie sogenannte "junggebliebene junge Wilde" das dann eben so sagen...

Der Skandal: (Netzwerk-Beispiel)

Der Ex-Verfassungsrichter Prof. Paul Kirchhoff ist ein "Mann der Deutschen Bank", "Freund" des dortigen Aufsichtsratsvorsitzenden Rolf Breuer, und als Nachfolger des ausgeschiedenen Aufsichtsrats Ulrich Cartellieri vorgesehen (Weserkurier 30.10.04 S.21). Rolf Breuer wiederum ist zusätzlich Aufsichtsratsmitglied im Bertelsmannkonzern (SPD-nahe), welcher prompt den Auftrag erhalten hat, (gegen Provisionen) die Riesterrentenanträge zu bearbeiten (Jeversches Wochenblatt 21.02.2003). Die Deutsche Bank hat nun in 2 Jahren etwa 15 Mrd. Euro steuerfreie Rücklagen "verzockt" und der Vorstand Ackermann sich sein geringfügiges Einkommen von jährlich 7 Mill. EUR auf 11 Mill. EUR erhöht. Und "Freund Kirchhof" fordert nun dazu: "Steuersenkung" (für die "verarmten" Ackermänner), der öff. Dienst bezahlt das mit "Raub" seines Weihnachtsgeldes sowie durch Besoldungs-, Gehalts- und Lohnplünderung, Tante Emma dann mit Entlassung der Verkäuferin und die Kommunen durch Abschalten der Straßenbeleuchtung u.s.w. Das ist zur Zeit Stand der Entwicklung. Bert Brecht: "Unsichtbar macht sich das Verbrechen, indem es große Ausmaße annimmt." Diesmal wollen wir daher den Verbrechen, den verbrecherischen und sonstigen unredlichen Entwicklungen rechtzeitig Namen, Gesicht und Gestalt verleihen, damit hinterher niemand sagen kann, er habe vorher nichts gewußt. Was wir bereits jetzt erkennen, ist erschreckend: Es wird planmäßig zu den Verelendungen von 1929/33 hingeführt, und im Plan liegt die unvorstellbar kriminelle Absicht begründet, das Gemeinwesen zu ruinieren und zu verelenden. -Aufpassen also – denn für Präsidenten-, Minister-, Aufsichtsrats-, Vorstands-, Geschäftsführer-, Polit- und Verbandsfunktionärsposten verraten sie würdelos unsere Kinder und Enkel, die solchen Verrat nicht einmal erahnen können. Die vorliegenden Fakten lassen einen anderen Schluß nicht zu, leider (siehe www.bohrwurm.net).

© www.bohrwurm.net
-Ende-

Nachtrag Januar 2005:

Ein persönliches Wort an meine Mitbürgerinnen und -bürger, und insbesondere an unsere "Alten", die Rentner und Pensionäre im Lande, die keinerlei Fürsorge für ihre Lebensgrundlagen mehr erhalten, und für die sich niemand mehr einsetzt, weil sie schamlos von allen Seiten nur noch ausgenommen werden sollen. Gleichermaßen ergeht es ganz offensichtlich den redlich arbeitenden Menschen hinsichtlich ihrer sozialen Grundlagen und damit ihres menschenwürdigen Daseins. Sie werden schlicht und ergreifend belogen und ausgeplündert, ohne daß sie sich dagegen richtig wehren können. Deshalb sieht Bohrwurm.nett "Bohrbedarf" und möchte auf Folgendes hinweisen:

1. Die zum 1.1.05 bereits beschlossene Privat-Zwangsversicherung für Zähne bei den privaten Kumpels der Schröders und Wulffs in den Privat-Versicherungs-Konzernen ist zurückgenommen worden. Bohrwurm.net war daran sicher nicht ganz unbeteiligt, um dies etwas bescheiden auszudrücken. Denn alle Abgeordneten wurden, faktengestützt, von den kriminellen Hintergründen dieses Unterfangens in Kenntnis gesetzt. Herr Seehofer wollte dann nicht mehr, und das spricht für ihn. Wir können eben doch "etwas machen", und es gibt auch noch anständige Volksvertreter.
2. In der Rentenkasse befanden sich Anfang 2005 "plötzlich" rund *5 Mrd. € It. Presseberichterstattung. Der dafür angegebene Grund (Überweisung des Weihnachtsgeldes des öff. Dienstes etwas spät) ist zwar lächerlich, die Tatsache, daß das erste Mal seit Jahren plötzlich wieder Geld in der Rentenkasse war, ermutigt jedoch, weil der schlicht verbrecherische Rentenklau seit 1957 publik gemacht wurde (siehe www.Bohrwurm.net<Rentenklautabelle>) Die Presse verschweigt das Rentenverbrechen konsequent und durchgängig . *Seit April 2005 wird allerdings wieder aufs neue auf Ausplünder -0-Runden für Rentner per Presse eingestimmt. Sie planen offenbar kaltblütig wieder erneut einen Renten- Abzock- Betrug!
3. Die hochkriminelle Absicht, die gesetzliche Rentenkasse zwangsweise vollständig zugunsten der Privatkonzerne abzuschaffen, wurde ebenfalls einstweilen verhindert. Bohrwurm.nett hat auch hier irgendwie "Wirkung" entfaltet. Wir wollen nun auch noch die geplünderten 700 Mrd. Renten-Euro langsam wieder zurückhaben (siehe: www.bohrwurm.net/Rentenklautabelle.htm). Schauen wir also mal. Der Anfang ist gemacht. Ob es gelingt, ist noch nicht sicher abzusehen.

Nunmehr gilt es, das offenbare Staats-Ausplünderungsprojekt A22 als schwerkriminelles "Millionending" zu entlarven (hinterhältiges Maut-Abzock-Privatisierungs-Vorhaben). Es sieht nach organisierter Kriminalität aus. Die Ambrosys, Funkes und "Banker" etc. schweigen einstweilen. Die Vorgänge können in www.Bohrwurm.net auf der Seite <lokales kriminalis> mitverfolgt werden. Helfen Sie , den Angriff auf unsere Verfassungsordnung (Ausverkauf der Straßen an Private) abzuwehren. Es ist unglaublich, Kredite aufzunehmen, um aus der leeren Kreiskasse Bundesautobahnen in die Taschen der privaten Kumpel zu finanzieren und uns kalt zu enteignen, während in den Schulen das Geld für die Farbe der Wände fehlt... und in den Krankenhäusern Personal entlassen wird...u.s.w...

Mit freundlichen Grüßen

www.bohrwurm.net

Günter E. V ö l k e r